

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 M., durch die Post 22.50 M.,
einwöchige Ausstellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. In
amtlich, Zeitungsverzeichnisse unter
Ecole-Zeitung eingetragen. Für
unsern eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Zustimmung der „Ecole-Zeitung“ ge-
stattet. Ferner der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 7411, der Zeitschrift-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Volks-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restanten
die 22 mm breite Milli-meterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenvermittler. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 3 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Geschildigung und Kampf-Ge-
schäftsstellen: Halle, Neue Drome-
nade 14. Gr. Brauhausstr. 17.
Halle - Geschäftsstellen: Große
Wischstraße 52 und Markt 24.
Verkaufsstelle Leipzig Nr. 4008.

Nr. 439.

Halle, Sonntag den 19. September 1920.

Einzelpreis 30 Pf.

Die Lösung der deutschen Länderfrage.

Neues vom Völkerbund — Gerechte Sühne für die Schandtät eines Schwarzen im Rheinland — Neuer Aufruf zur Transport-Kontrolle.

Das Attentat gegen Morgan.

Von einem Deutschamerikaner.

Berlin, 18. Sept.

Seitdem das Gebäude der „Times“ in New York am 1. Oktober 1910 durch Dynamit in die Luft gesprengt wurde, ist in Amerika nicht ein so furchtbares Attentat verübt worden, wie jetzt in New York an der Ecke des Broadway und der Wallstreet, im Zentrum der Finanzmacht der Vereinigten Staaten. Das Ziel der Verbrecher aber war nach allem, was man bis jetzt darüber weiß, das Bankhaus Morgan. Darin liegt, welche politischen Geheimnisse auch noch der Enthüllung harren mögen, ein graufiges Wahrzeichen der amerikanischen Nachkriegs Stimmung. Der Amerikaner sieht seit der russischen Revolution überall „Bolschewismus“. Die Bolschewistenfurcht ist so groß, daß Wilson schon im vorigen Jahre bei Ausbruch der großen Streiks das Tragen toter Fahnen und Schleißen verboten hat. Ganz Amerika ist heute von einer im Charakter der Nation ja überhaupt vorbereiteten Gerechtigkeit. Man neigt zu nervösen Erregungen. Der Amerikaner hat unter dem mehrjährigen Kriegsdrukk und dem immer noch verzögerten und unausgesprochenen Friedensschluß seine breite Unbefangenheit und Sincerität verloren. Unter dem Einfluß der sozialistischen Agitation wendet sich der Jörn weiter Volkstreife gegen die Kapitalmächte. So mag im erhitzen Gehirn einiger verbrecherischer Geister der scheußliche Attentatsplan auf das Haus Morgan und den Büropflanz entstanden sein. Schon einmal, noch während des Krieges wurde auf John Pierpont Morgan junior, bekannt unter dem Namen **Jack Morgan**, ein Attentat verübt. Er erhielt einen Revolverstreifschuß. Schon damals wurde klar, daß gewisse geheime Zirkel ihn als den Hauptkriegsschuldigen ansahen, an dem das misleitete Volk Rache nehmen müsse. Tatsächlich wollte Jack Morgan, noch ehe Amerika in den Krieg eintrat, den Franzosen eine Anleihe von 500 Millionen Franken gewähren. Allein, es war ihm nach den amerikanischen Gesetzen nicht gestattet, mit einer kriegsführenden Nation ein derartiges Geschäft zu machen, und das Gesetz sollte gelten. Großend verzweifelte Morgan auf das Geschäft. Kurz darauf erfuhr man, daß Morgan nach England gereist sei. In kurzer Zeit wurde er ein Freund von Lloyd George, und wiederum nach kurzer Zeit kehrte er von England nach New York zurück in der amtlichen Eigenschaft eines englischen Agenten für Kriegsanleihen und Munitionslieferungen. Aber niemand wagte dem mächtigen Mann das Geschäft zu legen. Man ließ ihn gewähren. Seitdem war Wilson nichts anderes als eine Puppe in der Hand Morgans. Morgan selber muß wohl etwas Angst bei diesem Geschäft gehabt haben. Die Angst trieb ihn dazu, daß fortan auf seine Veranlassung jeder Fremdenverkehr an der New Yorker Börse verboten war. Die Galerien, von denen herab so mancher Besucher New Yorks sich das Leben der dortigen Börse ansah, wurden gesperrt. Es könnte vielleicht einer kommen und von dort eine Bombe herabwerfen. Für die New Yorker Börse wurden die ausgebildeten und raffiniertesten Sicherheitsmaßregeln getroffen. Das ganze Dach der Börse wurde mit dem bestesten Stahlblech versehen, damit auch von oben her niemand einbrechen oder ein unheilvolles Geschick herunterschleudern könne. Nun haben die Gegner Morgans doch noch den Plan und die Gelegenheit herausgefunden, um dem verzögerten Bankhaus den Krieg mit Mordwaffen anzufangen. Es ist nicht nach Rino, ist aber Wahrheit, daß eine der drei Töchter des 1912 verstorbenen John Pierpont Morgan, also eine Schwester Jacks, namens Anne mit der Arbeiterbewegung in jeder Form, auch mit dem Bolschewismus sympathisiert, um nicht zu sagen koflettiert. Sie hat u. a. eine Fabrik errichtet, in der die kommunistischen Ideen russischer Herkunft verwirklicht werden sollen. Als Anne einmal in öffentlicher Versammlung der New Yorker Frauenvereinerinnen gegen die Hungerklagen der Konturreisenden loszog und zum Widerstand gegen das Großkapital aufrief, soll es unangenehme Auseinandersetzungen in der Familie Morgan gegeben haben. Nur der galante Bruder Jack freute sich über Annes „Mannhaftigkeit“ und überdies über ein Geschäft im Werte von 400 000 Dollar. Aber Annes Salonbolschewismus und Jacks soziale Millardärskaune schienen nicht, wie man nun schauernd erlebt hat, das Haus Morgan vor dem Dynamit politischer Fanatiker

Die deutsche Länderfrage.

Berlin, 17. Sept. (Eigene Meldung.) Die Zentralfelle zur Umänderung der deutschen Länder, die unter Leitung des Ministerialdirektors von Weller vom Reichsministerium des Innern die Vorarbeiten zur Lösung der mannigfachen Probleme staatlicher Neugruppierungen im Reich in Angriff nehmen soll, wird, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, voraussichtlich gegen Mitte Oktober zum Vortreten kommen. Nachdem der Reichstag und der Reichsrat je 7 Mitglieder für die genannte Kommission sowie ihre Stellvertreter gewählt haben, hat nunmehr der Reichsmittel des Innern eine Reihe von Sachverständigen in Vorlichtung zu bringen, deren endgültige Berufung von der Zustimmung der Reichstags- und Reichsratsmitglieder der Kommission abhängen wird. Bei der Berufung der Sachverständigen, deren Wahl jedenfalls die der Mitglieder der beiden politischen Körperschaften überlegen wird, sollen vornehmlich Staatsmänner von Art, Wissenschaftler, Vertreter des praktischen Wirtschaftslebens, der Landwirtschaft und andere Männer, von deren Urteil man sich Anregung und Einfluß verspricht, herangezogen werden. Die Verhandlung der Zentralfelle sind als ein freier Meinungsaustausch gedacht. Von einzelnen Mitgliedern der Kommission sollen über die Fragen, die als besonders bringend zur Erörterung stehen, Gutachten ausgearbeitet werden, über die dann in der Kommission beraten wird. Das Ergebnis dieser Beratungen soll dann in Form eines Gesamtgutachtens dem Reichsministerium des Innern übermittelt werden, das seinerseits über die Weitergabe an den Reichstag befinden wird. Da eine möglichst umfassende Beteiligung des Urteils bei der Behandlung der Fragen angestrebt werden soll, ohne Rücksicht auf politischen Parteistandpunkt oder wirtschaftliches Sonderinteresse, so dürfte sich manche wertvolle Anregung als Niederschlag der verhandelnden, einander vielfach widerleitenden und durchkreuzenden Meinungen ergeben. Ob der etwaige Lösung Weg der richtige ist, um über hohe Anregungen hinaus zu einer tatsächlichen Förderung der kritischen Probleme zu gelangen, erscheint freilich noch ungewiß, solange die endgültige Zusammenlegung der Kommission und ihre praktische Arbeitsmethode noch nicht bekannt sind. Die Form des Zusammenarbeitens der Zentralfelle ist also genug gefestigt, um eine sichere Gewähr der Verwirklichung der angestrebten oder zu Stande gebrachten Ergebnisse zu bieten. Auch wenn die Zentralfelle in ihren Beratungen zu Ergebnissen kommen sollte, die geeignet wären, wirklich brauchbare Reformen vorzubereiten, so bleibt immer noch der unumgängliche Weg über das Ministerium durch den Reichstag und seine Kommissionen, bis ein solches Ergebnis zur Verwirklichung heranzieht, und es ist auf diesem Wege im Laufe der parlamentarischen Auslegung nicht selten die wertvollsten Vorzüge verliert, die es den zugrunde gelegten Gutachten der Sachverständigen verdankt, erscheint fraglich. Dennoch muß man es begrüßen, daß nun tatsächlich ein praktischer Versuch gemacht wird, einer Lösung dieser brennendsten aller deutschen Fragen näher zu kommen. Vieles wird von der Persönlichkeit der beteiligten Mitglieder abhängen, ob die Beratungen der Zentralfelle zu wirklich durchgreifenden Neugestaltungen führen oder sich in Kompromissen verlieren werden.

Vom Völkerbund.

Amsterdam, 18. Sept. „Telegraaf“ meldet aus London: Infolge der in San Sebastian gefassten Beschlüsse rüht die Völkerbundsrat das Geschehen an die Regierungen von England, Frankreich, Italien und Japan. Sie möchten den Völkerbund jedoch wie möglich über die Maßnahmen unterrichten, die sie getroffen haben, um die Mandatsverträge der Bundesstaaten auszuführen unter Mitwirkung der Grenzen der Mandate.

Paris, 18. Sept. Der Völkerbundsrat hat sich gestern mit der polnisch-litauischen Frage beschäftigt. Baderewski und Wolde mar legten den Standpunkt der beiden Regierungen dar. Die Frage wird wahrscheinlich heute weiter verhandelt werden.

Die schwarze Schande.

Um die innere Berechtigung der ihnen auferst unbedeuten gewordenen Agitation gegen die Verwendung schwarzer Truppen in den Rheinlanden vor der Öffentlichkeit besser verstehen zu können, haben die Franzosen bekanntlich zu der Taktik gegriffen, daß Ausstellungen schwarzer Truppen zumal gegen die weißer Bevölkerung womöglich glatteweg gelangt oder Berichte darüber als Ergebnisse einer gewissenlosen, höherwertigen antikriegspropaganda oder doch wenigstens als maßlose Übertreibungen hinstellen werden. Um so energischer muss es unterstrichen werden, wenn einmal die französische Behörde selbst sich gezwungen sieht, in dem einen oder anderen Fall die ganze Schwere eines von Schwarzen verübten Verbrechens durch die Höhe der Strafe vor aller Welt wenigstens indirekt einzusetzen. Man entsetzt sich wohl noch des Falles E. von U. Weissenau bei Mainz, über den leinerzeit die Presse ausführlich berichtete. Das Mädchen wurde am Morgen des 1. Mai 1920, als es

von der elterlichen Wohnung nach dem Bahnhof ging, von einem maroccanischen Polken in einen Juchspark an der Straße gezogen, zwischen zwei Wagen eingewängt und dann vergewaltigt. Heute wird nun bekannt, daß das französische Kriegsgericht in Mainz den Verbrecher, den Maroccaner Abdel Rahman, am 23. Juni zu zehn Jahren Zwangsarbeit, militärischer Degradation und zehn Jahren Aufenthaltssperre verurteilt hat.

Neuer Aufruf an die Arbeiterschaft zur Transportkontrolle.

Berlin, 18. Sept. (Eigene Meldung.) In der „Freiheit“ gelangt ein neuer Aufruf an die Arbeiterschaft zur Veröffentlichung, in der sie aufgefordert wird, auch dafür zu sorgen, daß neutralitätswidrige Transporte gar nicht erst der Eisenbahn übergeben werden. Die Arbeiter dürften sich nicht auf die Neutralität, sondern nur auf ihre eigenen Augen verlassen. Der Aufruf ist unterzeichnet von dem V. P. D., dem U. S. P. D., dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund, dem Eisenbahnerverband, dem Transportarbeiterverband und dem Eisenbahnerbetriebsrat.

Das Attentat gegen Morgan.

Paris, 18. Sept. Nach einer Morgenblättermeldung aus New York hat die Polizei einen Mann namens Edward Bauer verhaftet. Er soll die Schriftstücke verfasst haben, in denen das Attentat in der Wallstreet angezettelt wurde. Sein Schwager bezeichnet ihn als einen Mann, der nicht im Besitz seiner vollen Geistesfähigkeiten ist.

Die Frankfurter Eisenbahner die Kartofelnor.

Frankfurt a. M., 17. Sept. Sämtliche Eisenbahnerverbände des Direktionsbezirks Frankfurt a. M. haben gemeinsam mit dem Gewerkschaftsrat auf den Angelegenheitenverbänden eine Einheitsfront gebildet, um von heute an, falls eine Einigung nicht erzielt wird, über den Kartoffelverhandlung im Bezirk Frankfurt a. M. eine strikte Sperrung zu bilden. Die Eisenbahner haben sich verpflichtet, keine Waggons mit Kartoffeln aus dem Direktionsbezirk Frankfurt nach auswärts hinauszuweisen, wenn nicht vorher für das Wirtschaftsgebiet selbst die Kartoffelverhandlung abgeschlossen ist. Ferner wird keine Kartoffelabfuhr hinausgelassen, für die nicht vom Gewerkschaftsrat oder dem Eisenbahnerverband der einzelnen Bahnlinie Ausfahrten bzw. Erlaubnisurkunden ausgestellt sind. Durch diese Maßnahme soll dem Verkauf von Kartoffeln zu Buchpreisen durch den auswärtigen Handel ein Riegel vorgeschoben werden.

Deutsches Reich.

Zur Eisenbahnerbewegung. Der Fachverband des technischen Eisenbahn-Wagenausstattungsberufes, die Eisenbahner, der sich über das ganze Reich erstreckt, hielt vom 5. bis 7. September in Bremen seine Generalversammlung ab, verbunden mit der Hundstagsausstellung der Jubelfeier seines Bestehens. Nach eingehenden Berichten von Vertretern der Reichseisenbahnen deutscher Eisenbahnbeamten und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner wurde mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Anleihe an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner beschlossen, mehr als 100 vorliegende Anträge betrafen Spezialinteressenfragen. Die Verhandlungen ergaben, daß hinsichtlich der rentablen Gestaltung des Betriebes und der Verwirklichung der technischen Einrichtungen im Eisenbahnbauwesen noch manches im Auge liegt, weil die Eisenbahnerverwaltung von den Vorschlägen des unteren und mittleren Personals wenig Notiz nimmt. Die hauptsächlichsten Forderungen galten den allgemein als unbefriedigend hingestellten Lösungen der Fragen des Diätariats und der Einstufung der planmäßigen Beamten in die Besoldungsordnung. Hinsichtlich der letzteren verlangten die Vertreter sämtlicher Bezirke einmütig die volle Gleichstellung des technischen Wagenausstattungsberufes mit dem Lokomotivpersonal und Aufbau der Besoldungsordnung auf den Gehalts der Eisenbahnerarbeiter, um das Ansehen zu heben, das allgemein als unannehmlich bezeichnet wurde, zu heben. In beiden Fragen erkannten die Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner die Forderungen des Fachverbandes als vollberechtigt an und beschloß, sie, insbesondere die Gleichstellung der Wagenmacher mit den Lokomotivführern und der Wagenmachervertreter zu wollen. Die nächste Generalversammlung soll in Karlsruhe stattfinden.

Nach keine endgültige Regelung der Schulgebühren. Die bereits angekündigte, am 1. Oktober d. J. in Kraft tretende Erhöhung der Schulgebühren der höheren Schulformen auf jährlich 500 Mark, bedeutet, wie die „Dona“ aus dem Ministerium für Kultur Wissenschaft und Volksbildung erfährt,

ins nicht überall durchgesetzt werden konnten. Für Kasse und andere Leistungen sollte sich zunehmendes Interesse. Die Garantiestellen haben merkwürdig angedauert, doch können die überragenden Fortschritte der Erzeuger auf den Widerstand der Handelskreise.

Berliner Börse

vom 18. September 1920
(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
Disch. Schein	73,25
Disch. Reichsanw.	79,50
Disch. Centr. Bod.	69,80
Disch. Centr. Bod. Pfl.	69,80
Disch. Hyp. Bk.	67,60
Disch. Hyp. Bk. Pfl.	69,50
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	56,40
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	53,10
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	92,80
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	100,50
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	95,30
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	97,80
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	100,00
Disch. Hyp. Bk. Pfl. 1911	94,50
Ausländ. Werte:	
Oesterr. Kronenrente	25,50
Ungar. Goldrente	60,00
Ungar. Kronenrente	28,25
Eisenbahn-Aktion:	
Halberst.-Blomh.	75,25
Halle-Verdener	63,00
Schantungbahn	665,00
Allg. Lokalstr.	95,00
Gr. Berl. Str.	146,00
Magdeburger Str.-B.	146,00
Prinz-Herlich-B.	146,00
Schiffahrts-Aktion:	
Hamb. Paketfahrt	192,50
Hamb. Südamerik.	25,00
Hansa-Dampfschiff.	300,00
Nord.-Lloyd	159,00
Bank-Aktion:	
Bank f. Thür.	129,25
Berl. Handelsbank	220,00
Commerz.-Diskontobank	173,50
Darmstädter Bank	154,00
Dessauische Landesbank	180,00
Deutsche Bank	280,00
Diskonto-Comm.	214,00
Dresdner Bank	183,25
Leipzig. Credit-Anst.	156,00
Mitteld. Kreditbank	146,50
Mitteld. Privatbank	167,00
Nationalbank	166,00
Oesterr. Kredit	94,28
Reichsbank	184,00
Industrie-Aktion:	
Schultheiss-Brauerei	280,00
Akt. f. Anilin	402,50
Allgem. Elektr. Ges.	306,75
Ammendorfer Papierfabrik	685,00
Anhalter Kohlenw.	310,00
Annaburger Steingut	470,00
Badische Anilin	180,00
Bergmann Elek. Akt.	284,00
Berl. Messch.-Bau	284,00
Bismarckhütte	688,00
Bochumer Gußstahl	716,00
Chem.-Fabr. Buckau	420,00

Tendenz: fest.

Leipzig-Börse.

Leipzig, den 18. September 1920.

Halleische Zucker-Raffinerie	299,00
Leipziger Meißelbr. Sch. Siedewitz	140,00
Landwirtsch. Masch. Zimmermann Halle	159,50
Mensfelder Gewerkschaft	449,00
Portland-Zementfabrik Halle	151,00
Pfaffendorfer Braunkohlen	1460,00
Priorit.	

Devisenkurs.

Berlin, 18. September

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung mit vorhergehendem Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam Rotterdam	2127,05	2132,15	2028,60	2032,00
Brüssel-Bruxelles	489,50	490,50	467,00	468,00
Genève	939,00	940,00	899,10	900,00
London	1371,15	1375,90	1323,65	1326,25
Paris	204,80	205,20	196,05	196,45
Prag	293,70	294,30	277,20	277,80
Reims	240,25	240,75	238,75	239,25
Wien	67,68	67,82	64,93	65,07
Zürich	442,00	443,00	424,55	425,55
Frankfurt	1068,90	1101,10	1135,90	1141,10
Madrid	689,00	691,00	629,05	629,95
Barcelona	26,97	27,03	27,22	27,28
Valencia	83,02	83,22	83,02	83,22
Bombay	21,48	21,52	21,93	21,98
Kanton				
Hankow				

Produktenmarktpreise.

Berlin, 18. September

Nichtamtliche Ermittlungen per 20 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Wintererbsen	280-385	280-330
„ kleine gelbe und grüne Erbsen	200-270	200-250
„ rote Erbsen	180-175	165-170
Bohnen, weiße inländische	150-185	140-180
„ rote inländische	135-155	135-155
„ gelbe inländische	125-155	119-145
„ weiße ausländische	6-95	60-60
„ rote ausländische	70-85	70-85
„ gelbe ausländische	25-26,50	24-26
„ braun	16-17	16-18
„ weiß	13-14	12-13,50

Markenwertungen - Preissteigerung. Der erhöhte Preis für Rohöl und die Versicherung der Balata haben dazu geführt, daß der Grundpreis für Weißbrot mit 10 Pfennig ab 17. d. M. auf 85 Mark per 100 Kg. heraufgesetzt wurde.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die Präsidentenwahl in Frankreich.

Paris, 18. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Der Abgeordnete Marc Bouffant, Führer einer bedeutenden wirtschaftlichen Gruppe, beabsichtigt die übrigen Gruppenführer auf Dienstag nachmittag zu einer Sitzung einzuladen. Bei deren Zustandekommen will man verhindern, Millerand zur Ueberrahme der Präsidentschaft zu bewegen. Die Mehrheit der Kammer hat bereits sämtliche Abgeordnete telegraphisch eingeladen, sich am Dienstag in Paris einzufinden. Gegen die Einberufung der Kammer auf Dienstag wird eingewandt, daß die meisten Generalräte am Montag ihre Sitzungen beenden und daß infolgedessen zahlreiche Parlamentarier verhindert sein werden, im Parlament zu erscheinen. Wenn die Generalräte dem Vorschlag des Geschehen nachsehen wollten, so können sie am Montag ihre Beschlüsse fassen und sich dann auf eine Woche vertagen. Wenn Millerand dem Drängen zahlreicher Politiker nachgeben wollte und als Präsidentschaftskandidat aufzutreten würde, so würde die nächste Woche vollständig ausreichen, um alle Formalitäten zur Neuwahl zu erfüllen. Nach der Wahl würde die Nationalversammlung am Donnerstag zur Wahl des neuen Staatspräsidenten in Versailles zusammenzutreten und danach am Sonnabend Senat und Kammer die Wertschaft des neuen Präsidenten entgegenzunehmen.

Paris, 18. Sept. Die französische Nationalversammlung ist auf den 23. September nachmittags 2 Uhr einzuberufen worden.

Die Alarmnachricht des Vorwärts abgelehnt.

München, 8. Sept. Die Abendblätter besprechen die Meldungen des „Vorwärts“ über die Königsausrüstung und die Organisation einer monarchistischen Widerstandsbewegung als alarmierende Fiktionsnachrichten und Spioniererei.

Gegen Moskau.

München, 18. Sept. Der Landesverband der Bayerischen K. P. hat die Moskauer Bedingungen abgelehnt.

Neuer Ueberfall in Oberschlesien.

Wien, 18. Sept. Die Oberösterreichische Arbeiterbewegung wurde heute früh ein Vielfaches auf dem Wege nach Kiewit in der Nähe der Pulverfabrik Lagnole von vier bewaffneten Banditen überfallen. Die Räuber führten den Postkutschen am, raubten über 1000 Reichsmark 20000 Mark Bargeld und entführten in einem wankenden Feldwagen ein Automobil.

Ein Reichsverband der Ost- und Westpreußen.

Berlin, 18. Sept. Ein Reichsverband der Ost- und Westpreußen ist in einer Sitzung der Vertreter der Ost- und Westpreußen am 12. d. Mts. im Reichstagsgebäude gegründet worden. Der Reichsverband soll alle Deutschen außerhalb Ost- und Westpreußens umfassen, die in einer der beiden Provinzen geboren sind oder sonst in engen Beziehungen zu ihnen leben.

Jugoslawien und Dalmatien.

Wien, 18. Sept. (Eigene Drahtmeldung.) Wie der Sena zu der bereits gemeldeten Zusammenkunft zwischen Sena und Grumbitich erklärt, wird diese am 20. September stattfinden. Wie bestimmt verlautet, wird Jugoslawien auf der Einverleibung Dalmatiens und sonstiger Ziele bestehen.

Schutzmaßnahmen in Amerika.

W.B. Annapolis, 18. Sept. Aus Washington wird gemeldet, daß die Leiter der Staatsanwaltschaft sich zur Untersuchung der Attentate in New York dorthin begeben haben. Die Hauptzeugen aller großen Städte sind nun Folgermannschaften bezeugt, um sie gegen Ueberfälle zu schützen.

Zur Lage in Italien.

W.B. Mailand, 18. Sept. „Popolo d'Italia“ zufolge haben Arbeiter in Bologna, Modena und Palermo Hungerstreik angefangen, in denen sich Polizeigenossen befanden. Nachdem die Agenten die Hungerstreiker hatten, durften die Transporte weiterfahren.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Waagele; für den literar. Teil: für Westpreußen: Gerhart Sandel; für Ostpreußen: Hermann Unterhansel; für die Provinzen: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Henkel.

Weinbrand Canthal

M. Canthal & Co.
Gegr. 1823
Weinbrennerei
Sanaa a.M.

D.A.K.

DEUTSCHER AUTOMOBIL-KONZERN (D.A.K.) G.m.b.H.

DUX-MAGURUS PRESTO-VOMAG

Leipzig, Nordstr. 1 Ecke Tröndlinring.

